

➤ Vorgezogene Nationalratswahlen: Was wäre, wenn? ➤ Experten halten sie trotz

Neuwahlen? „Rational spricht

Das Neuwahlgespenst gehört fast schon zur politischen Normalität, doch in den vergangenen Tagen wurden auffallend viele Gerüchte über einen Koalitionsbruch in Umlauf gebracht. Die Sache ist nur: Weder deutet sich hinter den Kulissen eine jähe Neuwahl an, noch halten Experten dieses Szenario für halbwegs realistisch.

Wenn bei einer Regierung, die selbst laut Eigendefinition „auf dünnem Eis“ unterwegs ist, gehörig Sand im Getriebe ist, folgt mit Gewissheit eine Frage: Wann wird neugewählt? Zuletzt häuften sich die Gerüchte diesbezüglich; und zwar so sehr, dass sich selbst ÖVP-Generalsekretärin Laura Sachslehner dazu veranlasst sah, sie zurückzuweisen. Bleibt die Frage: Wie sinnvoll wäre es denn eigentlich

aus Sicht von ÖVP und Grünen – und nur diese beiden entscheiden darüber – wählen zu lassen? Ein Blick auf Argumente, die laut Experten gegen ein jähes Koalitionsende sprechen.

➤ ÖVP-Länder für Wahlen?

„Ob es Neuwahlen gibt, entscheidet sich nicht in Wien, sondern eher in St. Pölten“, hört man dieser Tage hinter ÖVP-Kulissen. Doch derzeit gibt es laut Insidern kaum Anzeichen,

dass die mächtigste Landes-ÖVP trotz der Gefahr sinkender Umfragewerte der Bundespartei überhaupt eine Nationalratswahl vor ihrer spätestens Anfang 2023 stattfindenden Landtagswahl will. Laut Politikberater Thomas Hofer wäre dies auch enorm riskant, quasi „ein Ausflug ins Ungewisse“. Denn eine Koalitionsvariante im Bund dränge sich – auch angesichts des wahrscheinlichen Einzugs der Impfgegner MFG – nicht auf, gar drohe der ÖVP die Junior-Rolle in einer Großen Koalition oder gar die Opposition. „Jetzt hingegen ist man Kanzlerpartei, viel mehr geht da nicht“,

sagt Politikwissenschaftler Peter Filzmaier.

➤ U-Ausschuss abdrehen?

Es ist eines der beliebtesten Argumente für ein Koalitionsende: Die Türkisen, so heißt es, könnten damit den bevorstehenden „ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss“ abdrehen. Das



Aus Sicht der Regierungsparteien gibt es dabei viel mehr Risiken als Chancen.



Politikwissenschaftler Peter Filzmaier über Neuwahlen

Foto: Kristian Bissuti

➤ Impfpflicht und Maßnahmen rechtmäßig? ➤ Entscheidende Phase beginnt

Heute muss Mückstein liefern



Der Verfassungsgerichtshof (VfGH) hat am 26. Jänner einen umfassenden Corona-Fragenkatalog an Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein geschickt. Heute muss er Antworten vorlegen. Auch die Impfpflicht steht auf höchstrichterlichem Prüfstand. Es ist ein heikles Thema, mit dem es die Höchstrichter zu tun haben.

Referent Andreas Hauer zeichnet für die detaillierten Fragen an den Minister verantwortlich. Es geht um Wirksamkeit von Corona-Maßnahmen, Hospitalisierungen, Sterblichkeit an bzw. mit Corona. Verfassungsjurist Heinz Mayer denkt nicht, dass das Ministerium alle Fragen auch beantworten wird können. Es fehlt in manchen Bereichen schlichtweg an Daten. Theoretisch könnten die Maßnahmen als rechtswidrig eingestuft werden – was als unwahrscheinlich gilt. Was der

Referent interpretiert und empfiehlt, muss bei den restlichen 13 VfGH-Mitgliedern nicht unbedingt auf Zustimmung stoßen.

Auch die Impfpflicht steht auf dem höchstgerichtlichen Prüfstand. Der VfGH steht vor einer schwierigen Aufgabe. Zumal man nicht weiß, wie sich die Regierung und das Virus in nächster Zeit verhalten. In etwa vier Monaten soll eine Entscheidung fallen. Da kann viel passieren. Immerhin gab es gestern Konkretes. Die Expertenkommission der Regierung zur Evaluierung der Impfpflicht hat sich konstituiert. Ein erster Bericht soll bis 8. März vorliegen. E. Vogl

© Der Gesundheitsminister muss detaillierte und umfassende Fragen beantworten.

Gerüchten für sehr unwahrscheinlich nichts dafür“

stimmt zwar, sofern keine parlamentarische Allianz gegen die ÖVP diesen weiterführt – „aber das Thema selbst kann man nicht abdrehen“, sagt Hofer.

➤ Grüne verlören Spielraum

Auch aus Sicht der Grünen spricht laut Experten wenig für einen verfrühten Urnengang: „Eine Zweiervariante ginge sich wohl nicht aus, und auf Rot-Grün-Neos zu setzen, ist nicht nur riskant, sondern auch unwahrscheinlich“, sagt Filzmaier. Laut Hofer hätte die Ökopartei in einer Dreierkoalition zudem einen „viel kleineren Gestaltungshebel“ als jetzt mit den Mega-Ministerien für Um-

welt sowie Gesundheit und Soziales.

➤ Kaum Zeit für den Bruch

Und dann wäre da noch der Zeitplan: Will man vor Juli wählen, müsste dies im März beschlossen werden – „sehr knapp“, sagt Hofer. Eine Wahl im Herbst ist, sofern nicht am selben Tag wie die Hofburg-Wahl, zwar rechtlich möglich, aber laut Filzmaier „demokratiepolitisch heikel“. Kurzum: Neuwahlen sind für Filzmaier die „deutlich unwahrscheinlichere Variante“. Und wie wohl Dinge „emotional natürlich immer entgleisen können“, so Hofer, „spricht rational nichts dafür, es wäre fast unsinnig“. K. Knittelfelder



Vizekanzler Kogler (Grüne) und Kanzler Nehammer (ÖVP, v.l.)

Foto: SEPA, Media | Martin Juen

➤ Eurofighter bleiben

2020 berichtete die „Krone“ über eine spektakuläre Kaufanfrage: Indonesiens Regierung fragte offiziell in Österreich an, ob man die hier teils ungeliebten Eurofighter kaufen könne. Jetzt scheint die Hoffnung darauf endgültig gestorben: Indonesien soll nämlich bereits eine Alternative haben; französische Kampfjets dürften gekauft werden.

EHRlich GESAGT

HERR NIMMERWURSCHT

Die FPÖ braucht im Prinzip nur ein einziges Wahlplakat mit dem Text „Wir sind dagegen“.



➤ Ein Jahr nach emotionalem Plädoyer ➤ Justiz bestätigt:

Die Korruptionsjägerin, die aus Frust hinschmiss, ist wieder da

Es ist ziemlich genau ein Jahr her, da legte Christina Jilek im Ibiza-Untersuchungsausschuss ein viel beachtetes Plädoyer gegen das „politische Korsett“ der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) hin. Unter diesen Umständen, sagte sie, könne sie nicht mehr arbeiten. Jetzt ist sie zurück in der WKStA.

Am zehnten Februar 2021 wurde die Staatsanwältin Christina Jilek weit über die Grenzen des Justizwesens bekannt. Grund dafür war ihr Eingangsstatement im Ibiza-U-Ausschuss, in Medien gar als „zeithistorisch“ bezeichnet. Jilek, die das Ibiza-Verfahren führte und auch gegen die ÖVP ermittelte, beklagte coram publico ständige „Störfeuer“, die eine „schlagkräftig und zügige Korruptionsbekämpfung“ verunmöglichten.

Deshalb habe sie im Herbst 2020 „schweren Herzens“ nach 13 Jahren ihren Job hingeschmissen, der Schritt sei für sie angesichts

der Zustände aber „alternativlos“ gewesen. Hernach arbeitete Jilek als Richterin in Graz. Die einstige Anklägerin forderte im U-Ausschuss und in Interviews



Staatsanwältin Christina Jilek

Foto: SEPA, Media | Martin Juen

„neue gesetzliche Rahmenbedingungen“, um die Behörde aus dem „politischen Korsett zu befreien“. Wenig später trat sie dann als Initiatorin des Anti-Korruptions-Volksbegehrens auf.

Personell mag sich nach diversen Chat-Affären einiges an der Justizspitze getan haben, die geforderten großen Reformen des Gesetzgebers blieben allerdings weitgehend aus. Für Jilek scheinen sich die Arbeitsbedingungen in der WKStA trotzdem ausreichend gebessert zu haben: Die 41-Jährige ist nämlich – im Vergleich zum öffentlichkeitswirksamen Abgang wenig beachtet – in die Korruptionsstaatsanwaltschaft zurückgekehrt. Ja, sie sei nun wieder der WKStA „dienstzugeteilt“, bestätigte die Wiener Oberstaatsanwaltschaft. KK